

Thaa u.a.

B. Zum Stellenwert konkretisierter offizieller Zielvorgaben in sozialistischen Gesellschaften

1. Zielorientierung im revolutionären Sozialismus

Gesellschaftsordnungen mit einem zeitlich nicht allzu weit zurückliegenden revolutionären Ursprung neigen dazu, jedes politische und gesellschaftliche Handeln an übergeordneten geschichtlichen Zielen zu messen. Dies versteht sich insofern von selbst, als die Revolutionen der Neuzeit im Gegensatz zur älteren Wortbedeutung gerade nicht eine bloße Umwälzung darstellen, die das Untere bzw. Ältere nach oben kehrt, sondern als zielgerichtete Neukonstruktion der Gesellschaft konzipiert sind. Zumindest im Selbstverständnis ihrer Akteure stellen Revolutionen den Versuch dar, Gesellschaft durch instrumentelles Handeln von Grund auf neu zu gestalten, durch ein Handeln, das auf die Verwirklichung feststehender Ziele gerichtet ist, hießen sie nun Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit oder Fortschritt. Nicht umsonst wird zur Charakterisierung revolutionärer Prozesse häufig das Bild vom Abriß und Neuaufbau eines Gebäudes bemüht. Die Neukonstruktion einer Gesellschaft aber ist ohne Zielbestimmung ebenso unmöglich wie die eines Hauses.

Kennzeichnet Zielbestimmung den neuzeitlichen Revolutionsbegriff allgemein, so gilt dies erst recht für die soziale Bewegung, deren Theoretiker nicht nur den Akt der Revolution selbst, sondern auch die darauf folgende Phase der geschichtlichen Entwicklung als zielbestimmten Prozeß betrachteten, als bewußten und planmäßigen Aufbau des Kommunismus. Mit der marxistischen Geschichtstheorie waren die weltanschaulichen Voraussetzungen gegeben, die Zielbestimmung allen politischen und gesellschaftlichen Handelns über die Phase des revolutionären Umbruchs hinaus weit in die Zukunft hinein fortzuschreiben.

Neben diesem weltanschaulichen Hintergrund existieren in den Gesellschaften sowjetischen Typs weitere, in Sozial- und Herrschaftsstrukturen verankerte Ursachen für die herausragende Bedeutung von Zielorientierungen. Entsprechend thematisiert die westliche Sozialismusforschung die Bedeutung der Zielvorgaben durch politische Herrschaftsinstanzen im Sozialismus sowjetischer Prägung aus verschiedener Perspektive. So beschreibt sie etwa die

politische Kultur dieser Gesellschaften als Widerspiel zwischen den mit großen Aufwand propagierten offiziellen Zielen samt den daraus abgeleiteten Werten und Einstellungen einerseits und der jeweiligen traditionellen politischen Kultur andererseits (etwa Brown 1977). Die subjektive Dimension des Politischen, Wahrnehmungsweisen, Ansichten und Wertvorstellungen lassen sich für sozialistische Gesellschaften demnach nicht ohne Berücksichtigung der offiziellen Zielkultur beschreiben.

Deren strukturelle Grundlagen thematisieren Ansätze, die sozialistische Systeme als Mobilisierungsgesetze zur Industrialisierung und Modernisierung vergleichsweise unterentwickelter Länder betrachten (etwa Aptier 1965 und Johnson 1970). Johnson zufolge enthält die Zielkultur utopische Vorstellungen und idealisierte Ziele, mit denen die Bevölkerung zu revolutionären Taten motiviert und von der Führung verlangte Opfer gerechtfertigt werden sollen (Johnson 1970: 6f.). Zur Zielkultur gehört nach Johnson eine Transferkultur, die Zwischenschritte – wie etwa die forcierte Industrialisierung in der Sowjetunion – auf die utopischen Endziele bezieht. Die modernisierungstheoretischen Prämissen Johnsons führen ihn zur Diagnose eines uns bereits bekannten, ihm zufolge jedem kommunistischen Mobilisierungsgesetze immanenten Widerspruchs. Die vorangestrebte ökonomische Modernisierung hat einen eingebauten Bumerangeffekt: Sie erhöht funktionale Differenzierung und soziale Komplexität und untergräbt damit den Herrschaftsanspruch der Partei und die Wirksamkeit ihrer Zielkultur.

Den systematischsten und theoretisch fundiertesten Versuch, die Zielorientierung von Politik und Gesellschaft in sozialistischen Systemen zu konzeptualisieren, unternahm T.H. Rigby. Für ihn stellt die Zielorientierung nicht nur eine Eigenschaft unter anderen dar, sondern bildet dasjenige Charakteristikum der Gesellschaft sowjetischer Typs, das einen eigenen Legitimitäts- und Herrschaftstyp im Sinne Max Webers begründet. Rigbys Argumentation soll in der Folge ausführlicher dargestellt werden, um dann, kritisiert und erweitert, den theoretischen Rahmen des Projekts abzu-geben.

2. Zielrationalität als Herrschafts- und Legitimitätstypus

Max Webers berühmte Typologie legitimer Herrschaft dominiert nach wie vor die sozialwissenschaftliche Diskussion über Legitimationsprobleme (vgl. Weber 1956: 122ff.). Auch in der Literatur zu den Gesellschaften sowjetischen Typs fehlt es nicht an Bemühungen, Webers Idealtypen gewinnbringend anzuwenden. Der erhebliche Aufwand, mit dem dies geschieht, steht allerdings in scharfem Kontrast zu den eher entmutigenden Ergebnissen. Trotz der grundverschiedenen Bestimmung von traditionaler, charismatischer und legal – rationaler Herrschaft bei Max Weber finden alle drei Typen ihre Befürworter bei der Charakterisierung realsozialistischer Gesellschaften.¹ Kein Wunder, daß die Diskussion, statt eine Klärung herbeizuführen, eine an Konfusion grenzende Heterogenität von Ansätzen hervorbrachte, in der, trotz Einigkeit über die Grundzüge des Staatssozialismus sowjetischer Prägung, auf begrifflicher Ebene unklar bleibt, um welchen Herrschaftstyp es sich nun eigentlich handelt.

Mitverantwortlich hierfür dürften Fehlinterpretationen der Weberschen Typologie sein, die zwischen Herrschafts- und Legitimitätstyp einerseits und verschiedenen Legitimationen, auf die ein Regime zurückgreift andererseits, nicht klar genug unterscheiden. So lassen sich ja in Gesellschaften sozialistischen Typs leicht einzelne traditionale, charismatische und legal – rationale Momente der Herrschaftslegitimation unterscheiden. Erinnert sei nur an die Bedeutung des Leninkults in der Sowjetunion, an die zeitweise herausragende Rolle einzelner politischer Führer in einer ganzen Reihe sozialistischer Länder und schließlich an die zunehmende Bedeutung formalisierter bürokratischer Verfahren in der Herrschaftspraxis. Versteht man Webers Typologie lediglich als eine Typologie zur Unterscheidung verschiedener politischer Legitimationen, so ist, deren empirische Vielfalt vorausgesetzt, die notwendige Folge eine theoretisch nicht entscheidbare Gegenüberstellung der vorfindbaren Legitimationen in sozialistischen Herrschaftssystemen.

Rigby hat nun demgegenüber wiederholt darauf hingewiesen, daß Webers Typologie eine Typologie legitimer Herrschaft sei und deshalb einen inneren Zusammenhang zwischen der Struktur politischer Herrschaft und ihrer Legitimation herstelle.² Ihm zufolge impliziert Webers Typologie, "that there is a substantial degree of congruence between types of legitimacy claims and structures and methods of rule" (Rigby 1982: 5).

Über die Bedeutung der verschiedenen Legitimationen politischer Herrschaft kann demnach nur durch eine Bestimmung der grundlegenden Herrschaftsstrukturen entschieden werden, die es dann ermöglicht, zwischen dominierenden und untergeordneten Legitimationsweisen zu unterscheiden. Während Rigby, was den inneren Zusammenhang von Herrschaftsstruktur und Legitimation anbelangt, am Anspruch der Weberschen Typologie festhält, rückt er von dessen Herrschaftsbegriff ab. Dieser ist ihm zufolge ganz auf Befehls- – Gehorsams- – Beziehungen konzentriert und reflektiere damit die autoritär – bürokratischen Ordnungen Kolonialeuropas während des 19. Jahrhunderts. Statt dessen plädiert er dafür, von einer Typologie sozio – politischer Systeme auszugehen. Als strukturende Prinzipien unterscheidet er dabei, "custom, contract and command" (Rigby 1982: 8).

Während in westlichen kapitalistischen Gesellschaften Vertrags – Verhältnissen bei der Konstitution von Herrschaft entscheidende Bedeutung zukommt – was Weber unterschätzte –, sind die staatssozialistischen Gesellschaften sowjetischen Typs durch Befehls – Gehorsams – Bedingungen strukturiert. Rigby beschreibt sie als komplexes, von der kommunistischen Partei zentral integriertes System hierarchischer Befehlssstrukturen (Rigby 1982: 14 u. 19). Bei aller Differenzierung in verschiedene soziale Gruppen, gesellschaftliche Bereiche und Teilhierarchien handelt es sich Rigby zufolge hier um einen einzigen "Herrschtsverband", der so integriert ist, "that there is a direct chain of command from the supreme political authorities to those operationally responsible in every sphere of social activity" (Rigby 1983: 19). Rigby spricht in diesem Zusammenhang von einer "monoorganisational society" (ebd.). Anders als staatliche Herrschaftsverbände in kapitalistischen Gesellschaften orientieren sich die grundlegenden Befehlssstrukturen im real existierenden Sozialismus nicht an der Anwendung *formaler Regeln*, sondern, in letzter Instanz, an der Realisierung *inhaltlicher Ziele*. Dementsprechend handelt es sich um "goal – rational – systems", die ihren Legitimitätsanspruch in zielrationalen Kategorien formulieren.

"What is peculiar to communist systems is the organisational integration and centralised management of the whole society as a single 'enterprise' in which authority is legitimated in goal – rational terms." (Rigby 1982: 12).

Bürokratie im Sozialismus sowjetischer Prägung hat also wenig gemein mit der von Max Weber beschriebenen Verwaltung moderner kapitalistischer Gesellschaften, die, ethisch neutral und

im Geiste größtmöglicher Kalkulierbarkeit, nach Rechtsvorschriften verfährt (vgl. Pakulski 1986a). Der typische Parteibürokrat oder Apparatschik zeichnet sich aus durch den Versuch, die politischen Zielvorgaben der Partei zu verwirklichen. – und sei es unter Umgehung oder offener Verletzung rechtlicher Regeln. Neben einem weit über die Erfüllung klar definierter Pflichten hinausreichenden persönlichen Einsatz ist dabei vor allem die Teilhabe am teleologischen Wissen der Parteiführung gefragt.

Die Eigenheit dieser Herrschaftsform läßt sich mit den Aufgaben eines Kreis – oder Bezirkssekretärs der SED veranschaulichen. Sie bestehen zuallerletzt in der neutralen Anwendung von Rechtsvorschriften. Ein Erster Sekretär der SED ist bzw. war vor allem verantwortlich für die Durchsetzung der Parteiziele in seinem Amtsreich und deshalb in einer Person zuständig für Planerfüllung, Propaganda, Versorgungslage, Wehrbereitschaft – kurz und gut für alles und jedes. Eindrucksvoll schildert diese zielrational legitimierte Kompetenzfülle die vor kurzem erschienene Reportage "Der Erste" (Scherzer 1989).

In dieser Art Herrschaftsverband leitet sich der Anspruch auf Gehorsam ab von einer jeweils rationalen Beziehung der "Befehle" auf das Endziel Kommunismus (Rigby 1982: 12f.). Rigby argumentiert bisweilen so, als handle es sich hier um einen stringenten ideologischen Deduktionsprozeß, der bis hinunter zu den Aufgaben jeder Arbeitsbrigade reicht.³ Mit dem Ideologiebegriff bezeichnet er dabei die kodifizierte parteioffizielle Weltanschauung. Sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt, benutzen wir den Begriff in der Folge entsprechend.⁴

Gegen diese weltanschauliche Verankerung des zielrationalen Legitimitätstyps wurden überzeugende Einwände vorgebracht und zwar sowohl hinsichtlich der ideologischen Engfassung der Inhalte wie auch der Akzeptanz des übergeordneten Endziels durch die Bevölkerung (Lane 1984 und Pakulski 1986b). Tatsächlich ist die kommunistische Utopie zu vage sowie zeitlich zu weit in die Zukunft verschoben, um den alles bestimmenden, perspektivischen Fluchtpunkt zielrationaler Legitimität bilden zu können. Weder die politischen Eliten noch die Masse der Bevölkerung Osteuropas scheinen abstrakte ideologische Ziele noch allzu ernst genommen zu haben. Auch können bedeutende gesellschaftliche Ziele wie industrieller Fortschritt, nationale Größe, Arbeitsplatzsicherheit, Konsumsteigerung u.a.m. nicht umstandslos aus dem kommunistischen Endziel abgeleitet werden, oder aber sie lassen sich verfolgen, ohne stringent auf dieses bezogen zu sein. Versteht man

Zielrationalität im engen Sinne ideologisch, so reicht die wertorientierte Akzeptanz des Herrschaftssystems nicht weiter als die Überzeugungskraft der marxistisch- leninistischen Weltanschauung. Die Motive, aus denen heraus die Mehrheit der Bevölkerung die politischen Verhältnisse akzeptiert, sind dann nicht mehr in das Legitimitätskonzept einzubeziehen, wodurch dessen Erklärungswert hinsichtlich der Stabilität dieser Gesellschaften eher gering zu veranschlagen wäre.

Loyalität statt Legitimitätsglaube

Von derselben Frage nach der Tragweite eines Legitimitätskonzeptes ausgehend, hat Sigrid Meuschel Legitimität, Loyalität und Loyalfät unterschieden (Meuschel 1985). Den Begriff der Legitimität möchte sie dabei an Kriterien der Richtigkeit und Gerechtigkeit binden, Legitimität also aus der Außenperspektive nach den Maßstäben praktischer Vernunft beurteilen. Als Legitimitätsglaube bezeichnet sie einen wertorientierten Konsens über Herrschaftsformen und Herrschaftszwecke, der "nicht universalistisch begründbar, sondern lediglich faktisch geteilt sein (muß)" (Meuschel 1985: 18). Loyalität dagegen soll nach Meuschel ein Zustand heißen, in dem Herrschaft hingegen nommen wird, weil sie die Verfolgung privater Interessen oder partikularer Werte nicht hindert oder sogar fördert. Die Entwicklung der DDR soll ihr zufolge dann vor allem seit 1971 durch eine Verdrängung des Legitimitätsglaubens durch bloße Loyalität gekennzeichnet sein.

Wenn wir in der Folge von einer erodierenden Legitimität des politischen Systems der DDR sprechen, so meinen wir Legitimitätsglaube im Sinne Meuschels, nehmen also lediglich eine gesellschaftliche Binnenperspektive ein. Für problematisch halten wir jedoch die analytische Trennung von Legitimitätsglaube und Loyalität. Sie wird unseres Erachtens dem besonderen Charakter zielrationaler Legitimation politischer Herrschaft nicht gerecht. Und zwar deshalb nicht, weil die Legitimation politischer Herrschaft durch die Vorgabe einheitlicher gesellschaftlicher Ziele den Rekurs auf die Werlebene totalisiert und anders als eine sich auf Verfahrens- oder Diskursregeln stützende Legitimation zwischen verallgemeinerbaren Werten und Interessen gar nicht trennen kann. Wo der höchste Wert identisch sein soll mit dem Interesse der Arbeiterklasse, muß zur Legitimation von Herrschaftszwecken ständig von Interessen und Werten zugleich die

Rede sein. Dem Anspruch nach sind Partikularinteressen deshalb entweder illegitim oder aber im Allgemeineinteresse aufgehoben. Andererseits wird dann aber eine diesen offiziellen Diskurs ignorierende, lediglich auf privaten Interessenverfolg oder die Duldung privatistischer Werthaltungen gestützte Loyalität, im Gegensatz zur eigenlichen Wortherdeutung, gerade dann, wenn sie sich massenhaft verbreiten sollte, das politische System gefährlich ausöhnen. Die "Fiktionalisierung der Ideologie", die Meuschel u.E. zutreffend diagnostiziert (Meuschel 1985: 22), kann in einem zielerational legitimierten Herrschaftssystem nicht durch Loyalität ausgeglichen werden, sondern muß unweigerlich zum Machoverlust der Partei und schließlich zur Zerstörung der Herrschaftstruktur selbst führen.

In welchem Ausmaß kommunistische Einparteienherrschaft der zumindest partiellen Zustimmung zu ihren in Wertkategorien formulierten Zielen bedarf, läßt sich theoretisch nicht bestimmen. Fehlt jedoch eine solche Teillegitimität, was in den letzten Monaten der DDR der Fall war, so bleibt beim geringsten Anstoß nur noch die Alternative zwischen Implosion und Repression. Wie wir im folgenden Kapitel zeigen werden, versuchte die SED durch die Geschichte der DDR hindurch, eine offizielle Zielkultur zu formulieren, die über einen engen weltanschaulichen Horizont hinaus gesellschaftliche Werte und Interessen aufgreifen und ein derartiges Auseinandertritt zwischen Legitimation und partikularen Interessen verhindern sollte.

Zu Rigby zurückkehrend bleibt festzuhalten, daß die herrschaftslegitimierenden Ziele keineswegs streng ideologisch abgeleitet sein können. Rigby selbst räumt ein, daß die offiziellen Ziele durchaus andere, etwa traditionale Elemente enthalten können. In diesem Zusammenhang spricht er von "Abweichungen" vom reinen Typ einer zielrationalen Ordnung (Rigby 1983: 21). Diese Lösung wirft jedoch sofort die Frage auf, wodurch die Ziele bestimmt sind, was zur Modifikation der Ideologie aufgenommen wird und was nicht. Mit seinem Verweis auf den russischen Nationalismus legt Rigby nahe, die Antwort im Bereich der politischen Kultur zu suchen. Dies ist sicher nicht falsch und auch für die DDR wird darauf zurückzukommen sein. Ausgeblendet bleiben dabei aber diejenigen Zielbestimmungen, die weder aus Marxismus-Leninismus noch traditionaler politischer Kultur stammen, sondern die Vergesellschaftungsfunktionen der Bürokratie innerhalb einer hierarchisch vereinheitlichten Industriegesellschaft reflektieren. Rigbys Begriff der Zielrationalität scheint uns deshalb in zweierlei Richtung erweiterungsbedürftig und zwar ist

Rede sein. Dem Anspruch nach sind Partikularinteressen deshalb entweder illegitim oder aber im Allgemeineinteresse aufgehoben. Andererseits wird dann aber eine diesen offiziellen Diskurs ignorierende, lediglich auf privaten Interessenverfolg oder die Duldung privatistischer Werthaltungen gestützte Loyalität, im Gegensatz zur eigenlichen Wortherdeutung, gerade dann, wenn sie sich massenhaft verbreiten sollte, das politische System gefährlich ausöhnen. Die "Fiktionalisierung der Ideologie", die Meuschel u.E. zutreffend diagnostiziert (Meuschel 1985: 22), kann in einem zielerational legitimierten Herrschaftssystem nicht durch Loyalität ausgeglichen werden, sondern muß unweigerlich zum Machoverlust der Partei und schließlich zur Zerstörung der Herrschaftstruktur selbst führen.

In welchem Ausmaß kommunistische Einparteienherrschaft der zumindest partiellen Zustimmung zu ihren in Wertkategorien formulierten Zielen bedarf, läßt sich theoretisch nicht bestimmen. Fehlt jedoch eine solche Teillegitimität, was in den letzten Monaten der DDR der Fall war, so bleibt beim geringsten Anstoß nur noch die Alternative zwischen Implosion und Repression. Wie wir im folgenden Kapitel zeigen werden, versuchte die SED durch die Geschichte der DDR hindurch, eine offizielle Zielkultur zu formulieren, die über einen engen weltanschaulichen Horizont hinaus gesellschaftliche Werte und Interessen aufgreifen und ein derartiges Auseinandertritt zwischen Legitimation und partikularen Interessen verhindern sollte.

Zu Rigby zurückkehrend bleibt festzuhalten, daß die herrschaftslegitimierenden Ziele keineswegs streng ideologisch abgeleitet sein können. Rigby selbst räumt ein, daß die offiziellen Ziele durchaus andere, etwa traditionale Elemente enthalten können. In diesem Zusammenhang spricht er von "Abweichungen" vom reinen Typ einer zielrationalen Ordnung (Rigby 1983: 21). Diese Lösung wirft jedoch sofort die Frage auf, wodurch die Ziele bestimmt sind, was zur Modifikation der Ideologie aufgenommen wird und was nicht. Mit seinem Verweis auf den russischen Nationalismus legt Rigby nahe, die Antwort im Bereich der politischen Kultur zu suchen. Dies ist sicher nicht falsch und auch für die DDR wird darauf zurückzukommen sein. Ausgeblendet bleiben dabei aber diejenigen Zielbestimmungen, die weder aus Marxis-

- 1) zusätzlich zur Ziellebene eine Systemebene einzuführen, d.h. zu thematisieren, in welchem Verhältnis die formulierten Ziele zu ökonomischen und politischen Systemzwängen stehen und
- 2) die Ziellebene selbst auf weitere, über den offiziellen ideologischen Bereich hinausweisende lebensweltlichen Ziele zu untersuchen und nach den Mustern der Integration verschiedener Zielvorstellungen zu fragen. Es scheint uns verkürzt, dabei lediglich eine idealtypische Polarität zwischen traditioneller und offizieller politischer Kultur zu unterstellen. Stattdessen wollen wir der Entwicklung von Zielvorstellungen und Leitbildern in gesellschaftlichen Teilbereichen und in den Lebensstilen verschiedener Bevölkerungsgruppen genauer nachgehen.

3. Zielbestimmung und Arbeitsgesellschaft

Rigbys Begriff der "mono-organizational society" und die von ihm hervorgehobene Bedeutung hierarchischer Befehlstrukturen für die gesellschaftliche Integration weisen starke Ähnlichkeiten auf mit einer Reihe marxistisch orientierter Ansätze, die in der bundesdeutschen Sozialismusdiskussion der 70er Jahre eine Rolle spielten. Diese Ansätze versuchten, die Analyse realsozialistischer Gesellschaften aus der idealtypischen Gegenüberstellung kapitalistischer versus (vermeintlich) sozialistischer Strukturmerkmale zu befreien, sprachen von einer eigenen Gesellschaftsformation und bestimmten als deren Charakteristikum eine an die Stelle des Marktes getretene direkte herrschaftliche Form der Vergesellschaftung.⁵ Während diese Ansätze der direkten Vergesellschaftung jedoch die Funktion einer gegen die Produzenten gerichteten Produktivkraftentwicklung (Heidt/Mangeng 1974) bzw. der Durchsetzung formaler (Damus 1978) oder wertbestimmter (Thaa 1983) Rationalität zuschreiben und damit auch Ähnlichkeiten zu den bereits erwähnten Modernisierungstheorien aufweisen, spielen derartige Überlegungen bei Rigby so gut wie keine Rolle. Unabhängig davon, ob man die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung im Sozialismus sowjetischer Prägung systemtheoretisch oder als antagonistische Form der Produktivkraftentwicklung begreift, kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die politisch vermittelte Durchsetzung derartiger Entwicklungsprozesse nachhaltig die Zieldimension des Herrschaftssystems prägen muß. Während Oskar Negt bereits für die Sowjetunion der 20er Jahre zeigt, wie zur Durchsetzung industrieller Arbeitsformen die Theorie

der Revolution "inhaltlich in eine Theorie der Produktion verwandelt ('wurde')" (Negt 1969: 22), bleibt Rigby mit seiner ideologischen Verankerung zielrationaler Legitimität gegenüber den von ökonomischen Zwängen ausgehenden Zielbestimmungen erstaunlich ignorant, so als gäbe es einen festen, auch siebzig Jahre nach der Revolution unveränderten Kanon höchster Ziele, aus dem heraus sich einzelne Aufgaben und Zwischenetappen deduzieren ließen. Nun liegt aber die Besonderheit von Gesellschaften mit verstaatlichten Produktionsmitteln und einer zentral geleiteten Volkswirtschaft gerade darin, daß sich Zwänge der ökonomischen Entwicklung nicht naturwüchsig Geltung verschaffen, sondern politisch durchgesetzt und das heißt eben als Ziele formuliert werden müssen. In Gesellschaften sowjetischen Typs, in denen Politik nicht Gegenstand öffentlicher Kontroversen, sondern Monopol der Partei ist, stehen die Herrschaftsinstanzen damit vor der Aufgabe, systemische Zwänge der ökonomischen Entwicklung in allgemein verbindliche und – wo möglich – auch allgemein akzeptable Ziele zu transformieren. Diese Ziele können die Einparteienherrschaft nur legitimieren, sofern sie zwei entgegengesetzten Anforderungen genügen: Sie müssen sich einer – seitens als objektiv, d.h. der Bewußtseins – und Entscheidungs – Kompetenz der Individuen voraugesetzt, andererseits aber als Verwirklichung von deren Interessen darstellen lassen. Das erste, weil es die Voraussetzung dafür bildet, Erkenntnisprivileg und Machtronopol der Partei zu rechtfertigen, das zweite, weil die von der Partei ermittelten "objektiven Notwendigkeiten" nur durch interessengeleitetes Handeln der Beherrschten zu realisieren sind. Zielrationale Legitimation hat die Aufgabe, beides zu vereinbaren. Unter Zielrationality wäre demnach also nicht einfach eine ideologische Orientierung zu verstehen, aus der die Herrschenden ihr politisches Handeln ableiten und rechtfertigen begründen. Politisch formulierte Ziele in realsozialistischen Gesellschaften sind wesentlich mit geprägt durch eine den Individuen wie auch der Gesellschaft als Ganzes angeblich vorausgesetzte Logik industrieller Entwicklung.⁶ Nimmt man zu diesen ökonomischen Zwängen die der Erhaltung des bürokratischen Herrschaftssystems, so folgt insgesamt, daß der Formulierung von Legitimitätsansprüchen in zielrationalen Kriterien die Funktion zukommt, verschleierte bzw. systemische Zwänge gewissermaßen zu übersetzen und sie dadurch mit gesellschaftlichen Interessen und Wertorientierungen zu verbinden.

Bemerkenswerterweise sehen die Theoretiker der SED das Verhältnis von Politik und Ökonomie entsprechend, wenn sie

Politik mit Lenin als "konzentriertesten Ausdruck der Ökonomie" bestimmen (Opitz 1989; Tiedke 1988: 880). Ein Prinzip der Politik soll lediglich im Prozeß der permanenten Realisierung ökonomischer Wirkungszusammenhänge gelten.⁷ Es sei hier bereits angemerkt, daß damit kein Raum für eine im eigentlichen Sinn politische, d.h. aus Interessen- und Wertkonflikten resultierende Zielbestimmung bleibt. Impliziert sind hier vielmehr die wissenschaftliche Ableitung von Zielen bzw. die damit zusammenfallenden objektiven Notwendigkeiten einerseits, sowie die Organisation der Gesellschaft zu ihrer arbeitsteiligen Verwirklichung andererseits.

Autoren verschiedenster Couleur – A. G. Meyer, R. Bahro, N. Harding und der hier diskutierte Rigby – haben immer wieder auf eine grundsätzliche Analogie zwischen kapitalistischer Fabrik und gesamtgesellschaftlicher Organisation im Sozialismus sowjetischer Prägung hingewiesen (Bahro 1977: 115; A. G. Meyer 1965: 467; Harding 1984: 27). Diese Gesellschaften sind, bei aller inneren Differenzierung und Komplexitätsreicherung, als arbeitsteiliger, hierarchisierter Kooperationszusammenhang vergesellschaftet. Der Herrschaftsverband, von dem Rigby spricht, ist zugleich ein Arbeitskörper. Damit wird Gesellschaft im Idealfall zum einheitlichen, sich Ziele setzenden und bewußt realisierenden Subjekt. Gegenüber einem solchen Subjektkarakter muß die Pluralität widersstreitender Interessen zersetzen wirken. Zielrationalität meint also etwas grundsätzlich anderes als gemeinsame Wertorientierung oder eine allgemeine Akzeptanz der Verfahren politischer Legitimation und Entscheidungsfindung.

Eine der wichtigsten Konsequenzen dieser Form der Vergesellschaftung liegt im Zusammenfallen der Funktionen politischer Herrschaft und wirtschaftlicher Leitung, eine andere in der Elimination all dessen, was in der westlich – liberalen Tradition als "civil society" thematisiert wird und in Öffentlichkeit und politischem Konflikt eben andere, einer zielbestimmten Kooperation widersprechende Vergesellschaftungsformen hervorbringt.⁸ Die Oppositionsbewegungen in Osteuropa, vor allem die Polens und Ungarns, haben im Laufe der 80er Jahre den aus der klassischen liberalen Theorie stammenden Begriff der zivilen Gesellschaft zum Programm erhoben. Dabei wurde von Beginn an auch das Verhältnis zwischen Vergesellschaftungsform und Zielorientierung thematisiert. Szelényi, einer der ersten Autoren, der mit dem Begriff der zivilen Gesellschaft argumentiert, unterstreicht, daß dieser die Trennung zwischen einer konfliktträchtigen, demokratischen Zielbestimmung durch die Gesellschaft einerseits, und der

Verwirklichung dieser Ziele andererseits, impliziert (Szelényi 1979: 202). Diese Trennung aber sei in Verhältnissen, in denen die politische Macht selbst die Ziele setzt, beseitigt worden.

Gerade diese Strukturierung der Gesellschaft als Arbeitszusammenhang und die Beseitigung von Politik als Bereich interessensbestimmter Konflikte kann jedoch durch Rückgriff auf einen in allen Industriegesellschaften präsenten, wenn auch unterschiedlich ausgeprägten lebensweltlichen (zum Begriff der Lebenswelt vgl. Habermas 1981) Arbeitsbegriff gerechtfertigt werden. Für entscheidend halten wir dabei die Vorstellung von Arbeit als solidarisch – kooperativer Realisierung materieller bzw. lebens – weltlich sinnvoller Zwecke.

Die normative Idee einer durch Kooperationsbeziehungen statt durch Warenaustausch und Konkurrenz strukturierten Gesellschaft reicht weit in die Geschichte der Arbeiterbewegung zurück und findet ihren Ausdruck bereits in Marx' berühmter "Assoziation der Produzenten" und eindeutiger entpolitisier dann in Lenins Utopie, derzufolge "die gesamte Gesellschaft ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein wird" (LW 25: 488). Die Idee eines als solidarische Arbeitsgemeinschaft organisierten Gemeinwesens hat jedoch in den Industriegesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts weit über die Arbeiterbewegung und ihre Theoretiker hinaus normative Bedeutung erlangt. In real – sozialistischen Gesellschaften bilden lebensweltliche Arbeitsvorstellungen aufgrund der oben skizzierten Herrschaftsstruktur die wichtigste legitimatorische "Ressource". Gesellschaft wird als ziel – bestimmter Kooperationszusammenhang ausgegeben und zumindest teilweise auch als solcher wahrgenommen. Dies schließt nicht aus, daß zeitweise andere Legitimationen in den Vordergrund treten – etwa nationale Werte bei äußerer Bedrohung. In welchem Ausmaß legitimierend auf die grundlegenden Arbeitsvorstellungen zurückgegriffen wird, hängt selbstverständlich vom Potential alter – nativer Legitimationen sowie dem besonderen Charakter der jeweiligen traditionellen politischen Kultur ab (vgl. zu diesem Begriff: Brown 1977). Wie sehr all dies im Fall der DDR auf eine starke Arbeitszentrierung zuläuft, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden.

4. Zielrationale Legitimation und politische Kultur

Bevor wir zur inhaltlichen Bestimmung der herrschaftslegitimierenden Ziele kommen, scheint es uns erforderlich, genauer zu klären, in welchem Verhältnis die bislang entwickelte Fragestellung zu den zahlreichen Arbeiten über die politische Kultur sozialistischer Gesellschaften steht. Allein der oben von Johnson übernommene Begriff der Zielkultur signalisiert ja eine Nähe zur politischen Kulturforschung, die zur Vermeidung von Mißverständnissen der Erläuterung bedarf.

"Politische Kultur" avancierte in den 80er Jahren zu einem ausgesprochenen Modebegriff der politischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion. Während er jedoch von Politikern und Journalisten vorwiegend normativ, zur Bewertung politischer Umgangsformen benutzt wird, bezeichnet er in den Sozialwissenschaften nach Berg-Schlosser

"die subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme. Diese umfaßt die Gesamtheit aller politisch relevanten individuellen Persönlichkeitmerkmale, latente, in Einstellungen und Werten verankerte Prädispositionen zu politischem Handeln – auch in ihren symbolhaften Ausprägungen – und hieraus abgeleitetes politisches Verhalten" (Berg-Schlosser 1989: 30).

Von ähnlichen Definitionen ausgehend hat in der Sozialismusforschung die Unterscheidung zwischen alter, traditioneller und neuer, offizieller politischer Kultur grundlegende Bedeutung erlangt. Dieser Unterscheidung liegt das Interesse zugrunde, genauer herauszuarbeiten, wie weit es den durch Revolutionen neu geschaffenen bzw. durch die Rote Armee importierten politischen Institutionen gelang, die eigenen Werte durchzusetzen und zur dominanten politischen Kultur zu machen. In den Worten Archie Browns, der diese Unterscheidung einführt, geht es um die Frage,

"whether the new institutions can then create a 'new' political culture or whether the functioning of the new institutions becomes modified or significantly changed by the 'old' political culture..." (Brown 1977: 4).

Browns Unterscheidung wurde von zahlreichen Autorinnen und Autoren aufgegriffen, erweitert und modifiziert (etwa Jancar 1984,

Markus 1982, Krisch 1984, Hanke 1987). Ungeachtet grundsätzlicher Kritik an Brown, die sich vor allem gegen seine Beschreibung auf Einstellungen und den Ausschluß von Verhaltensweisen richtet (dazu etwa Lemke 1989a, Rytlewski 1989a), setzte sich in der DDR-Forschung eine Typologie durch, die letztlich eine einfache Ergänzung der Brownschen Zweiteilung darstellt. Die Mehrzahl der Autoren unterscheidet zwischen offizieller, traditioneller und – gewissermaßen als Zugeständnis an Jugendkultur und kirchliche Gruppenszene – alternativer politischer Kultur (so etwa Krisch, Hanke, Rytlewski und Lemke).

Ohne Browns Einteilung aufzugeben, weist Hanke zu Recht darauf hin, daß sie die Untersuchungsperspektive auf die Frage der Formbarkeit politischer Kultur 'bzw. die Widerstandskraft nationaler Überlieferung einengte' (vgl. Hanke 1987: 15ff.). Tatsächlich impliziert Browns Unterscheidung die Konfrontation relativ fester sets an Einstellungen, Werten und Normen, um dann nach deren Kräfteverhältnis, nach Prozessen der Transformation, Durchdringung oder Überlagerung zu fragen. Angesichts der Geschichte der osteuropäischen Länder, dem Erziehungsanspruch kommunistischer Herrschaftsinstanzen und ihres Versuchs, einer kanonisierten Ideologie exklusive Geltung zu verschaffen, hat diese Perspektive ihre Berechtigung. Sie ergibt sich auch mit überzeugender Konsequenz aus den Unzulänglichkeiten institutioneller und struktureller Vergleiche der systemtheoretisch inspirierten Modernisierungs- und Demokratierungsforschung, die nicht erklären konnte, weshalb in nahezu identischen politischen Strukturen unterschiedlichste Entwicklungen zu konstatieren sind. Von daher geht es in der politischen Kulturforschung stets auch um die allgemeinere Frage nach dem Verhältnis von Objektivem und Subjektivem, von Struktur und Geschichte, von Institution und Tradition.

Der Begriff der Zielkultur, wie er unserer Untersuchung zugrunde liegt, läßt sich nun aber gerade nicht in eine der zwei, bzw. drei Schubladen der üblichen Typologie einordnen, auch wenn es nahezu liegen scheint, ihn mit dem Begriff der offiziellen politischen Kultur gleichzusetzen. Die Differenzen und damit die Spezifität der vorliegenden Untersuchung lassen sich in zwei Punkten verdeutlichen:

- 1) Unsere Studie fragt nach den durch gesellschaftlichen Wandel induzierten Problemen der Legitimation und Sozialintegration. Sie geht dabei davon aus, daß die Stabilität der Herrschaftsordnungen sowjetischen Typs die Formulierung und Vorgabe einer einheitlichen Zielkultur erfordert. Wie in der Diskussion des Ansatzes von

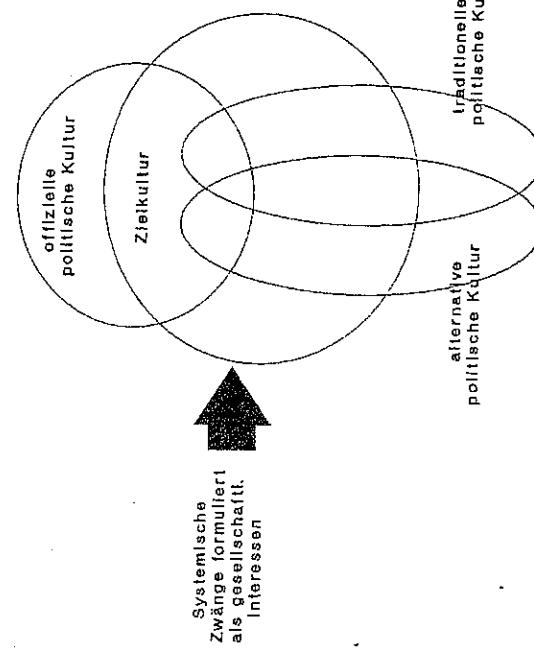
- Rigby gezeigt, läßt sich diese Zielkultur nicht einfach aus einem feststehenden ideologischen Kanon ableiten. Vielmehr muß sie sich nach mehreren Richtungen öffnen und zwar vor allem
- hin zu den systemischen Zwängen, wie sie aus der ökonomischen Entwicklung und der Reproduktion der politischen Herrschaftsverhältnisse entstehen. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß sich diese Zwänge in den Gesellschaften sowjetischen Typs nicht durch einen sachlichen systemischen Mechanismus, gewissermaßen hinter dem Rücken der Menschen Geltung verschaffen, sondern durch politisches Handeln und deshalb als Ziele formuliert, durchgesetzt werden müssen. Auf diese Differenz zu westlichen Gesellschaften verwies Habermas mit seiner These, wonach im bürokratischen Sozialismus "die systemisch verselbständignigen Organisationen des Staates und der Wirtschaft in einen vorgetäuschten Horizont der Lebenswelt fiktiv zurückversetzt (werden). Indem das System als Lebenswelt drapiert wird, wird diese vom System aufgesogen" (Habermas 1981, Bd. 2: 567). Die Zielkultur hat deshalb die Funktion, systemische Zwänge an Einstellungen, Werte und Normen anzuschließen oder, kritisch gesehen, sie als deren Verwirklichung auszugeben. Eine Untersuchung der Entwicklung sozialistischer Zielkultur unter obiger Fragestellung hat also nicht nur das Verhältnis zwischen mehr oder weniger feststehenden Einstellungen, Werten und Normen zu beachten, sondern auch zu thematisieren, wie weit es gelingen kann, systemische Zwänge – etwa die weitere Intensivierung der Ökonomie – in den hergebrachten Zielkategorien zu formulieren. Kann dies nicht mehr oder nur noch unter hohen Glaubwürdigkeitsverlusten geschehen, sind krisenhafte Folgen für Legitimation und Sozialintegration zu erwarten.

- Die Zielkultur sozialistischer Systeme öffnete sich in der nachstalinischen Phase hin zu den Interessen und der politischen Kultur der jeweiligen Gesellschaften. Für die DDR ist dies besonders deutlich sichtbar in der Konsum- und Sozialstaatsorientierung der Ära Honecker sowie im Anknüpfen an preußisch-deutsche Werte und Sekundärjugenden. Von unserer Fragestellung aus interessiert dabei vor allem, wie weit es gelingen kann bzw. in der DDR der 70er und 80er Jahre gelungen ist, verschiedene gesellschaftliche Interessen, Lebensstile und Wertorientierungen mit der offiziellen Doktrin zu einer einheitlichen Zielkultur zusammenzuführen. Dabei geht es

um die "Legierungen", die auf der Zielebene zwischen systemischen Zwängen, Interessen und verschiedenen politischen Kulturen neu geschaffen werden. Zielkultur interessiert uns dabei als Ausdruck eines jeweiligen Modells der Legitimation und Sozialintegration, bzw. von dessen Schranken und Problemen. Einer unserer Grundthesen zufolge hat, um im Bild zu bleiben, das "Bindemittel" eines weitgehend vorpolitisch geteilten Fortschrittskonsenses, das lange Zeit Interessen, Einstellungen und Wertorientierungen zusammenhalten konnte, in diesem Zeitraum deutlich an Wirksamkeit verloren.

a) hin zu den systemischen Zwängen, wie sie aus der ökonomischen Entwicklung und der Reproduktion der politischen Herrschaftsverhältnisse entstehen. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß sich diese Zwänge in den Gesellschaften sowjetischen Typs nicht durch einen sachlichen systemischen Mechanismus, gewissermaßen hinter dem Rücken der Menschen Geltung verschaffen, sondern durch politisches Handeln und deshalb als Ziele formuliert, durchgesetzt werden müssen. Auf diese Differenz zu westlichen Gesellschaften verwies Habermas mit seiner These, wonach im bürokratischen Sozialismus "die systemisch verselbständignigen Organisationen des Staates und der Wirtschaft in einen vorgetäuschten Horizont der Lebenswelt fiktiv zurückversetzt (werden). Indem das System als Lebenswelt drapiert wird, wird diese vom System aufgesogen" (Habermas 1981, Bd. 2: 567). Die Zielkultur hat deshalb die Funktion, systemische Zwänge an Einstellungen, Werte und Normen anzuschließen oder, kritisch gesehen, sie als deren Verwirklichung auszugeben. Eine Untersuchung der Entwicklung sozialistischer Zielkultur unter obiger Fragestellung hat also nicht nur das Verhältnis zwischen mehr oder weniger feststehenden Einstellungen, Werten und Normen zu beachten, sondern auch zu thematisieren, wie weit es gelingen kann, systemische Zwänge – etwa die weitere Intensivierung der Ökonomie – in den hergebrachten Zielkategorien zu formulieren. Kann dies nicht mehr oder nur noch unter hohen Glaubwürdigkeitsverlusten geschehen, sind krisenhafte Folgen für Legitimation und Sozialintegration zu erwarten.

Zur Lokalisierung sozialistischer Zielkultur
im Wertegefüge der politischen Kultur:



Diese Graphik soll verdeutlichen, daß

- in die Formulierung einer einheitlichen Zielkultur neben der subjektiven Dimension des Politischen auch Systemzwänge und Interessen einfließen und

- die Zielkultur mit keiner der drei politischen Teilkulturen vollständig übereinstimmt. Vollständige Deckungsgleichheit herrscht auch nicht mit der offiziellen politischen Kultur, und zwar deshalb nicht, weil erstens die jeweilige Formulierung der Zielkultur nur einen Teil der Werte der offiziellen politischen Kultur aktualisiert, andere dagegen in den Hintergrund treten läßt (das zweite gilt etwa für den Wert Gleichheit während der 80er Jahre in der DDR). Und zweitens, weil Systemzwänge, Werte und Einstellungen aufgenommen werden, die nicht vollständig mit der offiziellen politischen Kultur überein – stimmen (so etwa Leistung und soziale Differenzierung).

2) Browns Dualismus von offizieller und traditioneller politischer Kultur scheint uns wenig geeignet, die Auswirkungen gesellschaftlichen Wandels auf die Stabilität von Legitimation und Sozialintegration zu erfassen, da sie das Augenmerk ganz auf Erfolg oder Miß Erfolg einer herrschaftlich organisierten ideologischen Transformation lenkt. Die in der bundesdeutschen DDR – Forschung üblich gewordene Dreiteilung bringt demgegenüber den Vorteil einer Öffnung zu neuen, nicht ins dualistische Schema passenden Entwicklungen, ordnet sie aber doch wieder schematisch eingrenzend einer alternativen politischen Kultur zu. Uns geht es jedoch darum, die Auswirkungen gesellschaftlichen Wandels auf die Möglichkeiten zur Formulierung einer einheitlichen Zielkultur zu untersuchen. D.h. es interessiert vor allem die Frage, wie weit die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche und die Pluralisierung von Lebensstilen es überhaupt erschweren, verschiedene Interessen und Wertorientierungen auf der Zielebene zu integrieren. Dabei spielt zwar das Entstehen einer alternativen politischen Kultur eine bedeutende Rolle, da sie sich zu Teilen der Zielkultur bewußt im Widerspruch setzt. Die genannten Prozesse wirken aber darüber hinaus und können zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der Zielkultur sowohl bei Trägern der offiziellen wie der traditionellen politischen Kultur führen. Nicht zuletzt dürften von Modernisierungsprozessen Veränderungen der Arbeits – und Lebensweise ausgehen, die zu ganz neuen Brüchen und Fronten im Bereich der politischen Kultur führen und die letztlich auf einen ideologischen Dualismus zurückgehende Einteilung Browns stark relativieren können. Ein Beispiel hierfür etwa wären die von Glaeßner/Klinger erwähnten, neu entstehenden Differenzierungen zwischen traditioneller Industriekultur, wissenschaftlich – technischer Informations – sowie geistesgeschichtlicher Interpretationskultur (vgl. Glaeßner/Klinger 1989).

Derartige Entwicklungen lassen sich auch im obigen Schema nicht darstellen; sie machen es erforderlich, die politische Kulturforschung so zu erweitern, daß sozialstrukturelle, geschlechts – und generationsspezifische Differenzierungen in ihren sozo – kulturellen Auswirkungen beschrieben werden können. Dies soll in Teil E. der vorliegenden Studie durch die Untersuchung politisch relevanter Lebensstile geschehen.

5. Verschiedene Zielebenen und die integrative Schlüsselstellung des Fortschritt begriffs

Bei genauerer Betrachtung der offiziellen Ziele lassen sich analytisch mehrere Ebenen der Zielformulierung unterscheiden:

- 1) Geschichtsphilosophische, abstrakt ideologische Ziele wie etwa der Übergang zum Kommunismus oder die "alleseitig entwickelte Persönlichkeit".
- 2) Zwischenziele für eine bestimmte Etappe des historischen Prozesses wie etwa die Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse oder der Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum. Bereits auf dieser Ebene verbinden Zielformulierungen marxistisch – leninistische Weltanschauung, Systemzwänge und gesellschaftliche Interessen.
- 3) Einzelne gesamtgesellschaftliche Ziele, die weit über die offizielle politische Kultur hinausreichende Wertvorstellungen aufgreifen können. Darunter zählen wir allgemeine Modernisierungs – und Fortschrittsvorstellungen, Gleichheits – und Gerechtigkeitsvorstellungen oder auch Selbstverwirklichungs – und emanzipationsziele. Auf diese Ebene gehören auch die Erweiterungen der vorgegebenen ideologischen Ziele hin zur traditionellen politischen Kultur.
- 4) Auf spezifische Interessen und Werte bezogene Ziele, wobei noch einmal zu unterscheiden wäre zwischen sozialen Zielgruppen und gesellschaftlichen Teilbereichen. Hier geht es um Ziele wie Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Rentenerhöhung etc. einerseits, die Entwicklung einer sozialistischen Wohnkultur, Unterhaltungs – und Freizeitangebote oder Umweltpolitik andererseits.

5) Eine besondere Rolle spielen schließlich Leitbilder zur Persönlichkeitsentwicklung und Lebensgestaltung. Leitbilder basieren auf offiziellen Zielvorstellungen, wie sie für die politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung formuliert werden, transformieren diese jedoch in individuelle Verhaltensanforderungen. Leitbilder haben normativen Charakter, sie zielen darauf, die Individuen von Entscheidungsdruck zu "entlasten" und ihre Lebensentwürfe den Zielen der staatlichen Politik entsprechend vorzustrukturieren.

In der Folge kann es nicht darum gehen, den Gesamtkomplex von Zielen und Leitbildern innerhalb eines sozialistischen Herrschaftssystems darzustellen und deren jeweilige Funktionen abzuhandeln. Wie bereits erwähnt, wollen wir herausarbeiten, wie die Zieldimension des politischen Systems der DDR zum "Einfallsstor" gesellschaftlicher Pluralisierungstendenzen in die ideologisch begründete Hegemonie der Partei werden konnte. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Zwischenebenen, auf denen offizielle Vorgaben und gesellschaftliche Erwartungen verbunden werden müssen. Aber auch auf der Ebene der Leitbilder muß sich erweisen, wie weit es gelingen kann, aus dem Répertoire der offiziellen Doktrin die Lebensentwürfe der Individuen vorzustrukturieren.

Inhaltlich zentral scheint uns dabei die Darstellung der Ziele als Resultate kollektiver Arbeitsanstrengung, das heißt letztlich als Produktionsergebnisse. Die weitere Entwicklung des Sozialismus und eine bessere Versorgung mit Konsumgütern, die Erhaltung des Friedens wie die Hebung der Wohnkultur, das vielfältige Freizeitangebot, ja selbst die weitere Entfaltung sozialistischer Demokratie oder bessere Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung sollen durch gemeinsame Arbeitsleistungen erreicht werden. Gesellschaftliche Ziele mit Produktionscharakter müssen logischerweise integrierbar, zu einer Gesamtperspektive zu vereinheitlichen sein. Die Organisation der Gesellschaft als Arbeitszusammenhang macht sich auf der Ebene der Zielformulierung als Zwang zur Vereinheitlichung geltend.⁹ Ziele, wie eng sie auch auf einen Teilbereich beschränkt sein mögen, müssen in einheitliches, offizielles Weltbild integriert werden (vgl. Juchler 1986: 121).

Wie das vor allem und jedem auftauchende Attribut sozialistisch plakativ anzeigt, findet diese Integration zunächst einmal ideologisch statt. Die dünne Luft theoretischer Ableijungen zur Frage, welches Freizeitverhalten, welche ökonomische Rationalisierung und

welche Wohnkultur sozialistischen Kriterien entspricht, ist dabei zwar unverzichtbar zur Rechtfertigung des Führungsanspruchs der Partei, die Mehrzahl der Bevölkerung dürfte sie jedoch kaum zufriedenstellen. Wie die DDR – Autoren Müller und Uhlig richtig erkennen, sind "die höchsten Ideale keinen roten Heller mehr wert, wenn es die Partei nicht versteht, diese mit den Interessen, mit den großen und kleinen Alltagsfragen der Klasse zu verschmelzen" (Müller/Uhlig 1980: 283). Was marxistisch – leninistische Geschichtsphilosophie, Gleichheitsziele und die Hoffnungen auf eine verbesserte Versorgungslage weit wirkungsvoller verbindet als die mühevollen Ableitungen der Parteiideologen, ist die Hegemonie eines säkularen Fortschrittsglaubens, der in allen Gesellschaften, die durch die abendländische Moderne erfaßt wurden, die Stelle einheitstiftender traditionaler und religiöser Weltbilder eingenommen hat.¹⁰

Für westlich – liberale Gesellschaften haben die von den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen artikulierten Proteste deutlich werden lassen, wie sehr die Akzeptanz und damit auch die Funktionsfähigkeit der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates auf der Basis einer vorpolitisch konstituierten und vorpolitisch wirksamen Gemeinüberzeugung, eben der Fortschrittsidee beruhen (vgl. Guggenberger/Offe 1984: 15f.). In dem Maße, wie letztere ihre Integrationskraft einbüßte und zum Brennpunkt widersreitender Interessen wurde, traten neuartige politische Grundsatzkonflikte auf, die teilweise die Legitimität des parlamentarischen Systems in Frage stellten. Das vor allem in wissenschaftlich – technischen, ökonomischen und sozialen Kategorien formulierte Fortschrittsprogramm der Moderne umriß im östlichen Teil Europas nicht weniger einen gemeinsamen Wert – und Zielhorizont, als dies im Westen der Fall war. Und durchaus vergleichbar, wenn auch zeitlich verzögert, verlor die Fortschrittsidee angesichts einer Vielzahl katastrophenträchtiger ökologischer Probleme auch in realsozialistischen Gesellschaften ihre Integrationskraft.

Ungeachtet dieser Parallelen unterscheiden sich Stellenwert und Funktion und damit auch die Folge ihres Niedergangs in den jeweiligen Herrschaftssystemen grundsätzlich. Während sie in westlichen Gesellschaften einen Konsens stiftet, der als konkurrenzende Gemeinsamkeit wirkt und somit das regelmäßige Austragen von Interessengegensätzen erleichtert, rechtfertigen sich Herrschaftsinstanzen in sozialistischen Gesellschaften durch ständiges "Ableiten" aus Gesetzmäßigkeiten des angeblich objektiv determinierten gesellschaftlichen Fortschritts. Die Vorstellung eines

übergeordneten, Teilwidderprüche umfassenden Fortschrittsprozesses bildet hier die Voraussetzung für die Legitimation einer als Arbeitszusammenhang strukturierten Gesellschaftsordnung ebenso wie für die Vorgabe einheitlicher Ziele durch die Partei. Fortschrittsorientierung bezeichnet hier nicht einfach eine konfliktbegrenzende Gemeinsamkeit, sondern begründet die Herrschaftsstruktur von Gesellschaft und Staat. Solange breite Bevölkerungskreise mit weiterem wissenschaftlich – technischem Fortschritt positive Erwartungen verbinden, eignet sich nichts besser als die Fortschrittsidee, um die angebliche Objektivität gesellschaftlicher Entwicklung (also systemische Zwänge), geschichtsphilosophisch – ideologische sowie ein breites Spektrum lebensweltlicher Zielvorstellungen zusammenzubringen. Die Fortschriftilde ist einerseits offen gegenüber verschiedenen Interessen und Wertern, ermöglicht andererseits aber deren Unterordnung und Funktionalisierung im Namen geschichtlicher Notwendigkeit. War die Idee einer unaufhaltsamen, einheitlichen, lediglich kapitalistisch verzerrten Fortschrittslogik historisch das stärkste Argument der Arbeiterbewegung, so zeigen sich hier in scharfem Kontrast zu dieser emanzipatorischen Wurzel die funktionalen Züge der Fortschriftilde: Für Pluralismus, Öffentlichkeit, oder zivile Gesellschaft, dem Schlüsselbegriff der osteuropäischen Dissidenten, bleibt in einer als Kooperationszusammenhang zur Realisierung einheitlicher Fortschrittsziele organisierten Gesellschaft wenig Raum. Einparteienherrschaft, Arbeit und Fortschritt bilden die heilige Dreifaltigkeit der Gesellschaften sowjetischen Typs.

Der genannte Zusammenhang zwischen der Orientierung auf einheitliche Fortschrittsziele und dem Fehlen einer zivilen Gesellschaft gilt allerdings auch in entgegengesetzter Richtung. Die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Ziele und ein Abbröckeln des Fortschrittskonsenses müssen direkt auf das Herrschaftssystem zurückwirken. Soziale Differenzierung als solch scheint uns noch keinen Widerspruch zu einem durch Einparteienherrschaft charakterisierten politischen System zu bilden. Anders aber eine soziale Differenzierung, die einhergeht mit der Entwicklung verschiedener Lebensstile und Interessen, mit einer Differenzierung auf der Ziellebene und mit unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Fortschrittsvorstellungen. Gesellschaftliche Prozesse der zweiten Art enthalten die Tendenz zu offenen Interessenwiddersprüchen und Wertkonflikten, zur Entstehung neuartiger Öffentlichkeiten und summa summarum zur Konstitution einer nicht – verstaatlichten,

zivilen Gesellschaft. Sie setzen damit neue, im eigentlichen Sinne erst politische Vergesellschaftungs – und Legitimationsformen auf die Tagesordnung.

Anmerkungen:

- 1 Als Beispiele seien genannt: Traditionale Herrschaft bei A. Heller (1982) und Ch. Lane (1984), charismatische, ebenfalls bei Heller für frühere Epochen der Sowjetgesellschaft (Heller 1982) sowie legal – rationale in den Arbeiten von A.G. Meyer (1965) und R. Löwenthal (1979).
- 2 Vgl. Rigby 1982: 5 und Rigby 1984: 220. Ähnlich sieht diesen Zusammenhang auch Kiehmannsegg, der betont, daß es Weber mit seiner Typologie um die Erscheinungsformen von Herrschaft geht (vgl. Kiehmannsegg 1971: 37ff.).
- 3 Vgl. Rigby 1983: 29: "It is up to the leadership to translate the overall goal into intermediate and partial goals, like five year economic plans, indoctrination programs etc., and of party and government agencies to break these down into concrete immediate tasks for all work groups throughout the country."
- 4 Diese Definition ist weder identisch mit dem bewußtseinskritischen Ideologiebegriff von Marx noch mit dem herrschaftskritischen von Hofmann. Während der Ideologiebegriff von Marx ein falsches, die Produkte gesellschaftlicher Praxis als selbständige Mächte wahrnehmendes Bewußtsein meint, und sich damit auch auf herrschaftsfernes Alltagsbewußtsein beziehen kann, bezeichnet der herrschaftskritische Ideologiebegriff Ideologie als eine unwahre, im Interesse der Herrschaftssicherung Realität verfälschende Rechtfertigungslehre (Vgl. dazu Hofmann 1969: 16; Meyer 1977: 91). Da wir die in Kategorien der offiziellen Weltanschauung formulierten Ziele vom Alltagsbewußtsein, von den Wünschen und Orientierungen der Menschen nicht nach ihrem jeweiligen Wahrheitsgehalt unterscheiden, sondern deren Auseinandersetzung darstellen wollen, halten wir für diesen Zweck den einfachen Ideologiebegriff Rigbys für brauchbarer.
- 5 Renate Damus spricht, an Sohn – Rehnel anknüpfend, von "direkter Synthesis" oder "direkter Vergesellschaftung", Heidt/Mangeng von einer die Stelle der Kapitallogik einnehmenden "Parteivergesellschaftung" (vgl. Damus 1978, Heidt/Mangeng 1979).
- 6 Mit anderen Worten: Das Verdinglichungsproblem existiert in modifizierter Form weiter.
- 7 Opitz spricht von der "Anerkennung des Primats der Ökonomie im Gefüge wesentlicher gesellschaftlicher Zusammenhänge und Strukturen sowie des Primats der Politik im Prozeß der permanenten Realisierung dieser Wirkungszusammenhänge und Strukturen" (Opitz 1989).
- 8 Neil Harding hat darauf hingewiesen, daß dieser, wie er es nennt, "organic labour state", ideengeschichtlich auf Saint – Simon zurückgeht. Auch für Saint – Simon soll gelten, "society has no other identity or purpose apart from useful production, which therefore constitutes the whole of politics" (Harding 1984: 9).

Tübinger Mittel- und Osteuropastudien –
Politik, Gesellschaft, Kultur

herausgegeben von Gerd Meyer und Jürgen Schröder

Band 4

Winfried Thaa / Iris Häuser /
Michael Schenkel / Gerd Meyer

Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus

Das Ende des anderen Wegs in der Moderne

francke
verlag